

## Stärkere Einbindung der Kommunen beim Kampf gegen Rechtsextremismus

Die staatliche Unterstützung von Projekten gegen Rechtsextremismus bleibt eine Daueraufgabe. Das unterstrichen am 20. November die Sachverständigen bei der Öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Im Mittelpunkt der Anhörung stand die Neuorientierung von Regierungsprogrammen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Die Experten würdigten die Absicht, künftig die Kommunen in solche Maßnahmen stärker einzubeziehen. Jedoch warnten einige Sachverständige davor, auf diesem Weg möglicherweise den Stellenwert des originären zivilgesellschaftlichen Engagements zu mindern.

Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüros Sachsen e.V., unterstrich, dass in den Kommunen die Sensibilität für die Herausforderungen durch Rechtsextremismus gestiegen sei. Leider verträten aber immer noch viele Kommunen die Meinung, solche Probleme existierten bei ihnen nicht, beklagte sie. Wenn das „Civitas“-Programm Mitte 2007 auslaufe, käme es zu der "fatalen Situation", dass viele über dieses

Programm finanzierte Projektträger „im Regen“ stehen würden. Bei der weiteren Förderung der Beratungsnetzwerke solle man sich vor allem auf die Ressourcen bisheriger Initiativen stützen.

Die „Civitas“-Aktionen haben aus Sicht Wilhelm Heitmeyers, Professor an der Universität Bielefeld, beim Einsatz gegen Rechtsextremismus spürbare Fortschritte bewirkt. Das Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen vor Ort in den Kommunen dürfe nach Heitmeyer jedoch nicht von staatlichen Stellen dominiert werden.

Darin unterstützte ihn auch Roland Roth, Professor an der Hochschule Magdeburg-Stendal, wobei die gezielte Einbindung der Kommunen wichtig und unstrittig sei. Positiv hervorzuheben sei die Entfristung der Bundesförderung, da diese politische Aufgabe Verstetigung brauche.

Aus der Sicht von Christian Lüders vom Deutschen Jugendinstitut haben die bisherigen Projekte dazu beigetragen, das "praktische Handwerkszeug" beim Vorgehen gegen Rechtsextremismus fortzuentwickeln. Es müsse allerdings einer „Veralltäglichen der rechtsextremen Kultur“ durch Weiterentwicklung der Strukturen noch stärker entgegen gewirkt werden.

---

### Impressum

Herausgeber: Katharina Landgraf, MdB (v.i.S.d.P.)  
Redaktion: Michelle Karautzki  
Kontakt: [katharina.landgraf@bundestag.de](mailto:katharina.landgraf@bundestag.de)  
Redaktionsschluss: 21.11.06

Andreas Lorenz von der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit sprach sich für die Unterstützung der Jugendarbeit auf kommunaler Ebene durch Bundesprogramme aus. Diese würden dringend gebraucht, weil rechtsextreme Gruppen die durch Kürzung der Mittel für Jugendarbeit entstehenden Lücken für sich nutzen würden. Insbesondere in den Regionen, in denen Angebote der offenen Jugendarbeit und der Jugendbildung nicht oder nur vereinzelt stattfinden, werden diese Felder von Rechtsextremen gezielt besetzt.

Für Doron Kiesel, Professor an der Fachhochschule Erfurt, greifen die geplanten neuen Programme der Regierung die positiven Aspekte der bisherigen Projekte auf. Sie bringen zugleich durch einen strukturierteren Ansatz deutliche Verbesserungen mit sich. Beim Kampf gegen Antisemitismus müsse zudem die emotionale Intelligenz angesprochen werden. Wie Lorenz machte er sich dafür stark, die konkreten Aktionen einem Controlling zur Qualitätssicherung zu unterwerfen.

Mike Ruckh, Oberbürgermeister von Sebnitz, wies darauf hin, dass kleinere Gemeinden mit bis zu 20000 Einwohnern Initiativen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht allein

bewerkstelligen könnten und auf die Hilfe durch Bundesprogramme angewiesen seien, die unbürokratisch umgesetzt werden müssten. Das Erlernen und Nutzen der Mechanismen der Demokratie müsse schon in den Kindergärten und Grundschulen beginnen und über die Mittelschulen und Gymnasien fortgeführt werden. Dabei seien gerade mobile Beratungsteams sinnvoll, da Jugendhäuser nur von zehn Prozent der Jugendlichen besucht würden.

Christian Petry von der Freudenbergstiftung rief dazu auf, in das Engagement gegen Rechtsextremismus vermehrt Stiftungen einzubeziehen und die demokratische Bildungsarbeit in Schulen aufzuwerten.

Martina Panke, Leiterin der DGB-Bildungsstätte Nordbrandenburg, bedauerte, dass junge Arbeitnehmer und Berufsschüler als Zielgruppe aus den neuen Maßnahmen der Regierung weitgehend heraus fallen würden.

#### **Weitere Infos:**

<http://www.bundestag.de/ausschuesse/a13/anhoerungen/anhoerung03/index.html>

---

#### **Impressum**

Herausgeber: Katharina Landgraf, MdB (v.i.S.d.P.)  
Redaktion: Michelle Karautzki  
Kontakt: [katharina.landgraf@bundestag.de](mailto:katharina.landgraf@bundestag.de)  
Redaktionsschluss: 21.11.06